

09.01.2014 AUSGABE A

38. Klausurtagung in Wildbad Kreuth

CSU-Landesgruppe legt wichtige Grundlagen für Große Koalition

Bei ihrer traditionellen Klausurtagung im oberbayerischen Wildbad Kreuth hat die CSU-Landesgruppe eine Reihe wichtiger Beschlüsse gefasst. Mit insgesamt acht Positionspapieren haben die christlich-sozialen Bundestagsabgeordneten den Koalitionsvertrag konkretisiert und die Weichen für ihre Politik im Jahr 2014 gestellt.



Foto: CSU-Landesgruppe

Das Tagungsgebäude der Hanns-Seidel-Stiftung im oberbayerischen Wildbad Kreuth

Die CSU-Landesgruppe konnte auch in diesem Jahr wieder hochrangige Gäste bei ihrer Klausurtagung in Wildbad Kreuth begrüßen und mit ihnen über die politischen Herausforderungen Bayerns und Deutschlands diskutieren. Als einer der ausländischen Staatsgäste war in diesem Jahr US-Botschafter John B. Emerson in Wildbad Kreuth zu Besuch. Neben den transatlantischen Beziehungen diskutierten die CSU-Bundestagsabgeordneten mit dem amerikanischen Botschafter insbesondere über Fragen des Datenschutzes. In den vergangenen Monaten war bekannt geworden, dass US-Geheimdienste auch in Deutschland zahlreiche Daten ausgespäht und Telefonate überwacht haben. Über die Interessen der Industrie in Bayern und Deutschland diskutierten die christlich-sozialen Abgeordneten mit dem Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Ulrich Grillo. Den Vorsitzenden der Fraktion der Eu-

**Kraftvoller Start
ins neue Jahr**

ropäischen Volkspartei, Joseph Daul, und den Präsidenten des Deutschen Caritasverbandes, Prälat Dr. Peter Neher, konnten die Landesgruppenmitglieder in Kreuth ebenfalls begrüßen. Daneben nahm traditionell auch der CSU-Parteivorsitzende und Bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer an der Klausurtagung der Landesgruppe teil. Gleich zu Beginn der Tagung am Dienstag gaben der CSU-Landtagsfraktionsvorsitzende Thomas Kreuzer und der Vorsitzende der CSU-Gruppe im Europaparlament, Markus Ferber, ihre Berichte. Beim abendlichen Kamingespräch mit dem Zukunftsforscher Matthias Horx nahmen die Abgeordneten die künftigen Entwicklungen in der deutschen und europäischen Politik in den Blick. Im Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Telekom, Timotheus Hötting, befasste sich die CSU-Landesgruppe insbesondere mit der flächendeckenden Versorgung mit Breitbandinternet.



Liebe Leserinnen und Leser,

zu Beginn der neuen Wahlperiode haben wir in Wildbad Kreuth die Grundlagen für unsere Arbeit in der Großen Koalition gelegt. Dabei haben wir uns von dem Auftrag leiten lassen, den uns die Bürger bei der Bundestagswahl erteilt haben: Eine bürgerliche, eine christlich-soziale Politik für Deutschland machen.

Ein zentrales Thema war unsere Politik für die Kommunen. Dort haben wir zahlreiche Vorschläge gemacht, um die Kommunen zukunftsfest zu gestalten – auch Vorschläge, um das Problem der Armutsmigration entschieden anzugehen. Wir stehen zur Freizügigkeit in der EU. Aber wir wollen einen Missbrauch der Freizügigkeit bekämpfen – besonders dann, wenn er ausschließlich der Zuwanderung in unsere Sozialsysteme dient.

Wir stehen zur Rente mit 67 und haben uns auf dem Boden des Koalitionsvertrages auch klar zur abschlagsfreien Rente mit 63 Jahren und zum Mindestlohn positioniert. Wir dürfen dort unsere Zukunftsperspektiven nicht aufs Spiel setzen und müssen Generationengerechtigkeit und Lebenswirklichkeit fest im Blick haben. Die Lebenswirklichkeit nehmen wir auch mit unserem Beschluss zum Schutz vor Zwangsprostitution in den Blick. Wir wollen eine klare Grenze zwischen illegaler und legaler Prostitution und die Frauen dabei in den Mittelpunkt stellen.

Mit unseren Beschlüssen zur Innovationsförderung, Energiepolitik und dem Breitbandausbau geben wir Antworten auf Zukunftsthemen unseres Landes. Und mit unserem europapolitischen Beschluss bekräftigen wir noch einmal klar unser Bekenntnis für ein Europa der Vielfalt und Regionen und wenden uns gegen die Regulierungswut aus Brüssel.

Unseren Auftrag für die kommenden vier Jahre nehmen wir an: Die bürgerliche Seele der Großen Koalition sein.

Johannes Singhammer MdB

Weitere Funktionsträger in ihre Ämter gewählt

Landesgruppe trifft in Kreuth weitere Personalentscheidungen

Vor Beginn ihrer traditionellen Klausurtagung in Wildbad Kreuth hat die CSU-Landesgruppe am Dienstag in einer Landesgruppensitzung weitere Personalentscheidungen für die neue Wahlperiode getroffen. Neben zwei Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wählten die Abgeordneten auch die Sprecher der Arbeitsgruppen sowie einen neuen Justiziar der CDU/CSU-Fraktion.

Als Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag wurden Thomas Silberhorn und Dr. Georg Nüßlein gewählt. Daneben ist Gerda Hasselfeldt – kraft ihres Amtes als Landesgruppenvorsitzende – die Erste Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Dr. Hans-Peter Uhl wurde von den Landesgruppenmitgliedern zum neuen Justiziar gewählt. Zudem benannte die Landesgruppe die ihr zustehenden vier Vorsitzenden der Arbeitsgruppen der Fraktion. Diese Vorschläge müssen in der nächsten Woche noch durch die Ge-



Foto: CSU-Landesgruppe

Die neu gewählten Funktionsträger zusammen mit der Landesgruppenvorsitzenden und dem Landesgruppengeschäftsführer nach der Wahl am Dienstag in Kreuth. V.l.n.r.: Max Straubinger, Albert Rupprecht, Ulrich Lange, Stephan Mayer, Gerda Hasselfeldt, Dr. Hans-Peter Uhl, Dr. Georg Nüßlein, Thomas Silberhorn und Daniela Ludwig

samtfraktion bestätigt werden. Demnach werden künftig folgende Mitglieder der CSU-Landesgruppe Ämter in der CDU/CSU-Fraktion übernehmen: Thomas Silberhorn, Stellvertretender Fraktionsvorsitz für Innen, Recht und Verbraucherschutz. Dr. Georg Nüßlein, Stellvertretender Fraktionsvorsitz für Gesundheit und Umwelt. Dr. Hans-Peter Uhl, Justiziar. Stephan Mayer, Vorsitz der Arbeitsgruppe Innen. Albert Rupprecht, Vorsitz der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung. Ulrich Lange, Vorsitz der Arbeitsgruppe Verkehr. Daniela Ludwig, Vorsitz der Arbeitsgruppe Tourismus.

Diese Woche

- 38. Klausurtagung in Wildbad Kreuth
CSU-Landesgruppe legt wichtige Grundlagen für Große Koalition 1
- Weitere Funktionsträger in ihre Ämter gewählt
Landesgruppe trifft in Kreuth weitere Personalentscheidungen 2
- Gute Arbeit und soziale Sicherheit für alle
Generationengerechtigkeit fest im Blick 2
- Keine Armutsmigration in die Kommunen begünstigen
Politik für die Kommunen 3
- CSU-Landesgruppe diskutiert mit amerikanischem Botschafter
US-Botschafter zu Gast bei der CSU-Landesgruppe 4
- Landesgruppe fasst Beschluss für zukunftsfähige Breitbandversorgung
Flächendeckendes, leistungsfähiges und sicheres Breitbandinternet 4
- Konsequente Umsetzung der Energiewende
Sichere Energieversorgung für ein starkes Bayern 5
- Beschluss für die Zukunft Europas
Landesgruppe fordert sicheres und bürgernahes Europa 5

IMPRESSUM:

Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder.
Foto Editorial: Henning Schacht

Verantwortliche Redakteurin: Martina Klement
11011 Berlin - Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712
e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Gute Arbeit und soziale Sicherheit für alle

Generationengerechtigkeit fest im Blick

Die CSU-Landesgruppe hat sich klar zur abschlagsfreien Rente mit 63 Jahren und zum Mindestlohn positioniert. Dabei hat sie die Generationengerechtigkeit fest im Blick. Aus diesem Grund wurde schon im Koalitionsvertrag ausdrücklich festgelegt, dass es Ausnahmen vom Mindestlohn geben muss.

Ein pauschaler Mindestlohn ohne jegliche Ausnahmen würde der Lebenswirklichkeit in unserem Land widersprechen. Auch die Rente mit 67 darf nach Überzeugung der CSU-Landesgruppe nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden. Die abschlagsfreie Rente mit 63 Jahren muss die Ausnahme bleiben. Unter dem Titel „Gute Arbeit und soziale Sicherheit für alle“ stellt die Landesgruppe in einem Positionspapier klar, dass sich Deutschland in den vergangenen Jahren wirtschaftlich sehr gut entwickelt hat. Die Beschäftigung liegt auf Rekord-

niveau, die Einnahmen von Staat und Sozialversicherungen sprudeln. Die Landesgruppe bekräftigt, alles daran zu setzen, diese Erfolge auf dem Arbeitsmarkt und in der Sozialpolitik fortzusetzen. Gerade bei den Themen Mindestlohn und abschlagsfreie Rente muss alles vermieden werden, was diese Erfolge aufs Spiel setzt. Das wäre gegenüber den Menschen und vor allem gegenüber der jüngeren Generation nicht zu verantworten. Die CSU-Landesgruppe steht weiter für eine abschlagsfreie Rente und einen Mindestlohn mit Augenmaß.



Foto: CSU-Landesgruppe

Die Arbeits- und Sozialpolitik war auch Thema des Gesprächs der Landesgruppe mit Ulrich Grillo, dem Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie

Keine Armutsmigration in die Kommunen begünstigen

Zentrales Thema der CSU-Landesgruppe: Politik für die Kommunen

Ein zentrales Thema der Klausurtagung der CSU-Landesgruppe war die Politik für die Kommunen. In ihrem Beschluss zur Kommunalpolitik unterbreiten die Abgeordneten zahlreiche Vorschläge, mit denen die Kommunen in Deutschland und Bayern weiter gestärkt werden sollen. In dem Papier sind auch Vorschläge enthalten, um das Problem der zunehmenden Armutsmigration aus Südosteuropa anzugehen. Damit reagiert die CSU-Landesgruppe auf Hilferufe aus den Städten und Kommunen.

Die CSU-Landesgruppe steht weiterhin für eine kommunalfreundliche Politik, denn leistungsfähige Kommunen sind wichtig für die Zukunft Deutschlands und Bayerns. Die Kommunen sind der Ort, wo die Menschen wohnen, wo sie beheimatet und verwurzelt sind. Gleichzeitig sind Kommunen der Ort, wo wichtige Weichen für Lebens- und Standortqualität gestellt werden. Bayern ist nicht zuletzt deshalb ein so erfolgreiches Bundesland, weil hier die Menschen besonders stark in ihren Kommunen verwurzelt sind. Die CSU-Landesgruppe nimmt seit jeher die Anliegen der Menschen und der Kommunen ernst und hat in den letzten Jahren bereits viel unternommen, um die Kommunen finanziell zu entlasten.

Kommunen wurden finanziell entlastet

So hat der Bund von den Kommunen die Kosten für die Grundversicherung im Alter übernommen - das summiert sich für den Zeitraum von 2012 bis 2016 auf rund 18,5 Milliarden Euro. Weitere Entlastungen sind bereits im Koalitionsvertrag vereinbart, zum Beispiel durch das geplante Bundesleistungsgesetz oder durch die Städtebauförderung. Außerdem hat die CSU-Landesgruppe bei den Koalitionsverhandlungen Wert darauf gelegt, dass die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips beachtet wird. Denn wir sind davon überzeugt, dass Aufgaben dort verortet werden sollten, wo sie am besten gelöst werden können. Dadurch stärken wir den Grundsatz der kommunalen Selbstverwaltung. Gerade Aufgaben im Bereich der Daseinsvorsorge - wie zum Beispiel die Trinkwasserversorgung - sind bei den Kommunen gut aufgehoben.

Kommunen dürfen nicht weiter belastet werden

Die Kommunen sehen sich heute jedoch einer Vielzahl von Herausforderungen gegenüber, beispielsweise in den Bereichen Demografie, Infrastruktur und Migration. Deshalb hat die CSU-Landesgruppe in ihrem Papier auch Vorschläge unterbreitet, um das Problem der Armutsmigration aus Südosteuropa anzugehen.

Die CSU-Landesgruppe hatte bereits im Vorfeld ihrer Klausurtagung gefordert, gegen Missbrauch von Sozialleistungen durch Bürger aus anderen EU-Staaten konsequent vorzugehen.

Armutszuwanderung in die Kommunen darf nicht begünstigt werden

In ihrem Papier zur Zukunftsfähigkeit der Kommunen fordert die Landesgruppe, keine Armutszuwanderung in die Kommunen zu begünstigen. In dem Beschluss heißt es: „Wir werden falsche Anreize zur Zuwanderung verringern und streben nationale und europäische Lösungen zur Verhinderung von Missbrauch an. In diesem Zusammenhang prüfen wir eine generelle Aussetzung des Bezuges von Sozialleistungen für die ersten drei Monate des Aufenthaltes in Deutschland. Darüber hinaus werden wir die Kommunen dabei unterstützen, Scheinselbstständigkeit und



Foto: CSU-Landesgruppe

Gerda Hasselfeldt erklärte bei der Klausurtagung in Wildbad Kreuth: „Wir stehen zur Freizügigkeit in der EU. Aber wir wollen einen Missbrauch der Freizügigkeit bekämpfen - besonders dann, wenn er ausschließlich der Zuwanderung in unsere Sozialsysteme dient“.

Schwarzarbeit zu bekämpfen sowie die Verhängung von Wiedereinreisesperren zu ermöglichen. Wenn beispielsweise Dokumente gefälscht wurden oder Sozialleistungsbetrug nachgewiesen wurde, muss es eine Möglichkeit geben, die betroffenen Personen nicht nur auszuweisen, sondern auch an der Wiedereinreise zu hindern.“

Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme belastet Kommunen

Mit diesen Forderungen stellt sich die Landesgruppe an die Seite der Kommunen, die in der Vergangenheit eindringlich auf die zunehmende Problematik hingewiesen haben. Angesichts der von der CSU-Landesgruppe angestoßenen Debatte um die Probleme durch die verstärkte Armutszuwanderung hat das Bundeskabinett am Mittwoch in Berlin beschlossen, einen Staatssekretärs-Ausschuss einzusetzen. Das Gremium soll klären, ob und wie die Bundesregierung gegen den möglichen Missbrauch von Sozialleistungen durch Bürger aus anderen EU-Staaten vorgehen soll.

CSU-Landesgruppe diskutiert mit amerikanischem Botschafter

US-Botschafter zu Gast bei der CSU-Landesgruppe

Die CSU-Landesgruppe konnte bei ihrer Klausurtagung in Wildbad Kreuth den neuen amerikanischen Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland zu einem zweistündigen Gespräch begrüßen. Mit John B. Emerson diskutierte die Landesgruppe neben den aktuellen Themen – wie der NSA-Debatte oder dem transatlantischen Freihandelsabkommen – auch den wichtigen Jugendaustausch zwischen Deutschland und den USA.

„Es ist mir eine Ehre, hier in Wildbad Kreuth zu sein und ich möchte mich herzlich für die Einladung bedanken. Ich bin seit Ende August in Deutschland und habe die Wahlen sehr genau verfolgt. Ich möchte der CSU für ihr starkes Ergebnis und allen gewählten Abgeordneten gratulieren – vor allem auch den neuen Abgeordneten“, erklärte John B. Emerson auf Deutsch zu Beginn seines Eingangsstatements vor der CSU-Landesgruppe. Die Vorsitzende Gerda Hasselfeldt hatte zuvor betont, dass die transatlantische Partnerschaft eine wichtige Grundlage für Deutschland und speziell auch für Bayern sei. „Diese Partnerschaft ist viel zu wichtig, als dass sie leichtfertig – bspw. durch nicht ausgeräumte Differenzen in bestimmten Fragen – gefährdet werden darf“, so Gerda Hasselfeldt. Die damit angesprochene Debatte über die nachrichtendienstlichen Tätigkeiten der NSA diskutierte die Landesgruppe in sehr offener Weise mit dem hochrangigen amerikanischen Gast. Es sei wichtig zu verstehen, dass die Arbeit der amerikanischen Geheimdienste nur dazu diene, die Sicherheit der USA zu schützen, erläuterte Emerson. Er machte dabei und auch später in der Pressekonferenz sehr deutlich, dass



Foto: CSU-Landesgruppe

Der amerikanische Botschafter John B. Emerson zusammen mit Gerda Hasselfeldt und Horst Seehofer am Mittwoch in Wildbad Kreuth

er die Tiefe und Intensität der Sorgen in Deutschland sehr gut nachvollziehen könne und er diese in Washington auch deutlich gemacht habe. Für die Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt stand nach dem zweistündigen Dialog fest: „Wir sind uns einig, dass wir eine Balance zwischen Sicherheit auf der einen und dem Schutz der Privatsphäre auf der anderen Seite finden müssen.“ Einen erheblichen Teil der Diskussion nahm das geplante Transatlantische Freihandelsabkommen ein. Für die Landesgruppe und den amerikanischen Botschafter ist dieses Abkommen von großer, nicht nur wirtschaftlicher, Bedeutung.

„Das Freihandelsabkommen kann für die transatlantischen Beziehungen im 21. Jahrhundert so wichtig werden, wie es die Schaffung der NATO im 20. Jahrhundert war. Im 20. Jahrhundert ging es um Sicherheit, jetzt im 21. Jahrhundert geht es um Wohlstand. Das Freihandelsabkommen kann westliche Werte und Standards weltweit unterstützen helfen“, erklärte John B. Emerson. Die transatlantische Partnerschaft auch für die Jugend weiter erlebbar zu machen, war ein drittes großes Thema des gemeinsamen Dialogs in Wildbad Kreuth.

Landesgruppe fasst Beschluss für zukunftsfähige Breitbandversorgung

Flächendeckendes, leistungsfähiges und sicheres Breitbandinternet

Die CSU-Landesgruppe setzt sich für die Sicherstellung einer flächendeckenden und leistungsfähigen Versorgung mit Breitbandinternet sowie einen besseren Datenschutz ein. Ziel ist es, bis zum Jahr 2018 auch in ländlichen Regionen Breitbandinternet mit mindestens 50 MBit/s zur Verfügung zu stellen.

Die CSU-Landesgruppe möchte, dass Deutschland der führende digitale Standort in Europa wird. Jedes Unternehmen und jeder Haushalt muss – unabhängig ob in ländlichen Regionen oder in städtischen Ballungsgebieten – Zugriff auf leistungsfähiges Internet haben. Denn die Landesgruppe ist davon überzeugt, dass zukünftiger Wohlstand maßgeblich vom Grad der Digitalisierung abhängig sein wird. Mit der Novellierung des Telekommunikationsgesetzes hat die christlich-liberale Koalition im Jahr 2012 bereits wichtige Voraussetzungen für einen beschleunigten und kostengünstigen Breitbandausbau



Foto: CSU-Landesgruppe

Mit Timotheus Höttes, dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Telekom, sprach die CSU-Landesgruppe über die flächendeckende Breitbandversorgung

geschaffen. Auch die Bayerische Staatsregierung geht bei der Breitbandförderung mit gutem Beispiel voran und will bis 2018 bis zu einer Milliarde Euro für den Breitbandausbau zur Verfügung stellen. Die CSU-Landesgruppe setzt sich dafür ein, dass Erlöse aus der anstehenden Frequenzvergabe im Jahr 2016 zweckgebunden in den Breitbandausbau für den ländlichen Raum fließen und dass

die LTE Technologie vorangebracht wird. Gleichzeitig steht für die CSU-Landesgruppe fest, dass beim Ausbau der Breitbandversorgung keine Technologie gegenüber einer anderen bevorzugt werden darf.

Konsequente Umsetzung der Energiewende

Sichere Energieversorgung für ein starkes Bayern

Die CSU steht weiterhin für die konsequente Umsetzung der Energiewende. In ihrem Positionspapier zur Energiepolitik treten die CSU-Bundestagsabgeordneten für einen schnelleren Netzausbau, Ausgleichskapazitäten und eine kostenbewusste Produktion von erneuerbarem Strom in Bayern ein.

In Bayern fallen in den nächsten Jahren erhebliche Kernkraftkapazitäten weg. Es besteht die Gefahr, dass die Versorgungssicherheit hierdurch stark beeinträchtigt wird. Um die Versorgungssicherheit auch in Zukunft sicherzustellen, hat die CSU-Landesgruppe mit ihrem energiepolitischen Papier in Wildbad Kreuth ihre Konzepte vorgestellt. Ziel der Landesgruppe ist es, bei der Energiewende Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und die Interessen der Menschen vor Ort in Einklang zu bringen. Dafür fordert die Landesgruppe die Bundesnetzagentur auf, gleich zu Beginn des Jahres 2014 grünes Licht für die Ausschreibung von Reservekapazitäten in Süddeutschland



Foto: CSU-Landesgruppe
Gerda Hasselfeldt zusammen mit Horst Seehofer und der bayerischen Wirtschaftsministerin Ilse Aigner

zu geben. Denn für die CSU-Bundestagsabgeordneten stellt der Rückgriff auf (alte) Kohlekraftwerkskapazitäten im Norden wegen der fehlenden Netze keinen Lösungsansatz dar. Damit die Versorgungssicherheit in Bayern gewährleistet werden kann, fordern die Abgeordneten auch die schnellstmögliche Fertigstellung der sogenannten Thüringer Strombrücke. Gleichzeitig muss der Netzausbau schneller vorangehen, um die energiepolitischen Ziele erreichen zu können. Außerdem setzen die CSU-Bundestagsabgeordneten in ihrem Positionspapier auf heimische Wertschöpfung durch Produktion von Erneuerbarer Energie in Bayern.

Beschluss für die Zukunft Europas

Landesgruppe fordert sicheres und bürgernahes Europa

Bei ihrer Klausurtagung in Wildbad Kreuth haben sich die christlich-sozialen Abgeordneten intensiv mit der Europapolitik befasst. Zusammen mit den CSU-Abgeordneten im Europaparlament diskutierten die CSU-Bundestagsabgeordneten mit dem Vorsitzenden der Fraktion der Europäischen Volkspartei, Joseph Daul. Mit einem europapolitischen Papier bekräftigt die CSU-Landesgruppe außerdem ihr Bekenntnis für ein Europa der Vielfalt und der Regionen und wendet sich gegen die Regulierungswut aus Brüssel.

Die Fortentwicklung der Europäischen Union stellt für die CSU-Landesgruppe eine zentrale Aufgabe des Deutschen Bundestages in dieser Legislaturperiode dar. Die Abgeordneten der Landesgruppe wollen ein stabiles und dynamisches Europa schaffen, mit dem sich die Bürger wieder stärker identifizieren können. Damit das gelingt, müssen wir unsere Ziele für ein vereintes Europa stärker herausstellen. In

Freiheit, Sicherheit, Regionalität und Bürgernähe liegt für die CSU-Landesgruppe die Zukunft der europäischen Integration. In ihrem Beschluss zur Europapolitik sprechen sich die Abgeordneten für eine zügige Vollendung des Binnenmarktes sowie eine aktive gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik aus. Gleichzeitig fordern die christlich-sozialen Bundestagsabgeordneten die EU auf, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren und den Prinzipien der Regionalität und der Subsidiarität einen



Foto: CSU-Landesgruppe
Landesgruppengeschäftsführer Max Straubinger mit Joseph Daul, dem EVP-Fraktionsvorsitzenden im Europaparlament und Markus Ferber, dem Vorsitzenden der CSU-Gruppe im Europäischen Parlament (v.r.n.l.)

höheren Stellenwert einzuräumen. Gewachsene, erfolgreiche Strukturen in den Mitgliedsstaaten müssen respektiert werden. Gerda Hasselfeldt betonte in diesem Zusammenhang, dass es nicht darauf ankomme, immer mehr Kompetenzen nach Brüssel zu verlagern, sondern die richtigen. Die Landesgruppe spricht sich in ihrem Beschluss dafür aus, die Europäische Kommission zu verkleinern und sich auf ihre Aufgabenbereiche zu konzentrieren. Bereits bei den Koalitionsverhandlungen hat die Landesgruppe Wert darauf gelegt, dass die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips beachtet wird. Denn Aufgaben sollten dort verortet werden, wo sie auch am besten gelöst werden können. Dadurch wird der Grundsatz der kommunalen Selbstverwaltung gestärkt. Gerade Aufgaben im Bereich der Daseinsvorsorge – wie zum Beispiel die Trinkwasserversorgung – sind bei den Kommunen gut aufgehoben.